

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Seiten
bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 2.40 Mark, bei der Post
monatlich 2.60 Mark. — Geschäftsstelle
wöchentlich 60 Pfennig.

Anzeigenpreis: Die Rubrikation
besteht aus dem Raum für die
Anzeigen 1.30 Mark, außerdem
Preis für die Anzeigen 1.30 Mark. Bei größeren
Anzeigen wird auf Wunsch
Anzeigenpreis bis 10 Pfennig
pro Zeile ermäßigt.

Spezialdruck-Anschluss Nr. 53. Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. / Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt Auer. / Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998.

Nr. 261

Dienstag, den 8. November 1921

16. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Die Besoldungsvorlage wurde vom Reichsrat angenommen. Der Reichsrat stimmte sodann einem aus der Initiative des Reichstages hervorgegangenen Gesetzentwurf zu, wonach die Regierung ermächtigt wird, die Umsatzsteuer für gewisse Warenaufgeschäfte sofort zu erhöhen.

Englische linksstehende Zeitungen stellen die Frage, was England eigentlich für die Durchsetzung seines Standpunktes in der ober-schlesischen Frage während der Pause bis zur Entscheidung des Völkerbundesrates getan habe.

Das österreichische Defizit beträgt bei einer Bevölkerung von nur sechs Millionen 150 Milliarden Kronen.

Zwischen Lloyd George und den Sinnfeiern ist es zu einer Einigung dahin gekommen, daß ein irisches Parlament mit je einem nord-irischen und einem südirischen Provinzialrat geschaffen werden soll.

Die nächste Ausgabe des Auer Tageblattes erscheint Donnerstag, den 10. November, zur gewöhnlichen Stunde; am morgigen Mittwoch, den 9. November, erscheint das Auer Tageblatt nicht, weil dessen technisches Personal dem Beschlusse des Gewerkschaftsausschusses beigetreten ist, am 9. November die Arbeit ruhen zu lassen.

Washingtoner Probleme.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Als im Sommer dieses Jahres der amerikanische Präsident Harding den Gedanken einer Abrüstungskonferenz in die von Waffen starrende Welt warf, da erinnerte man sich unwillkürlich an die spärlicher Zusammenkunft seligen Andenkens, die ebenfalls das Ideal der Abrüstung aufs Panzer erhoben hatte und ausging wie das Hornberger Schießen. Indessen hat Hardings Plan feste Gestalt angenommen und die Delegierten der Großmächte sind schon unterwegs nach Washington, aus dessen Kapitol am 12. d. M. die Konferenz eröffnet werden soll. Wird ihr dasselbe Schicksal beschieden sein, wie der Friedenskonferenz im Haag? Kein Zweifel, auch dieser Kongreß wird von edlen Worten triefen, von Weltfrieden, Gerechtigkeit und anderen schönen Dingen. Dennoch wird man mehr von ihm erwarten dürfen als von seinem Vorgänger, denn die ihm gestellten Probleme sind zwangsläufiger, er selbst weniger von Idealismus getragen als von realpolitischen Machtfaktoren. Zudem sind die Männer der Vereinigten Staaten weder Ideologen noch Pazifisten, die von einem allgemeinen Weltfrieden träumen. Der Generalglaubiger der Welt ist sich klar darüber, daß es jetzt nach dem für die Weltwirtschaft so ruinösen Krieg nicht erneut zu einem Beitrittskommen darf. Dabei denkt man jedoch nicht an Abrüstung, sondern nur an Abrüstungsbeschränkung. Die aber hängt aufs engste mit der Frage zusammen, ob der ungeheuerliche Komplex von Streitfragen, die zwischen den verschiedenen Mächten stehen, eine glückliche Lösung finden wird. Die beiden Hauptkontrahenten sind Amerika und Japan, die um die Herrschaft im Stillen Ozean und um die Beherrschung des ostasiatischen Abgabebereichs ringen. Amerika wünscht in China die Politik der offenen Tür, Japan aber betrachtet China als in seiner Einflusssphäre liegend und will sich die Konkurrenz vom Leibe halten. Außerdem will man dem Expansionsdrang Japans einen Stempel vorschreiben, ein Wunsch, der sich unter der Forderung der Wiederherstellung der Unabhängigkeit und der Integrität Chinas versteckt. Nun aber existiert immer noch der englisch-japanische Bündnisvertrag, über den man in den Vereinigten Staaten äußerst chochert ist und der schwer zu widerlegenden These huldigt, daß eine Abrüstungsbeschränkung für Amerika nur dann möglich sei, wenn die Vereinigung der englischen und japanischen Flotte ausgeschlossen sei. England, der Verbündete der einen und des Feindes der anderen, möchte zweifellos am liebsten beide in einen Konflikt verwickelt sehen, um sie auf gute Art loszuwerden, kann dies aber mit Rücksicht auf Indien nicht riskieren. Darum wird es wahrscheinlich nur von dem Preis abhängen, den Amerika ihm zu bieten hat, ob es den demnach ablaufenden Vertrag auflöst oder verlängert. Hier aber sehen die französischen Sozialisten ein. Frankreich, das nicht nur als größte kontinentale Militärmacht, sondern jetzt auch durch seine Stellung in Syrien den Engländern sehr lästig werden kann, empfiehlt sich der mit England rivalisierenden See- und Wirtschaftsmacht angelegentlich für ein Bündnis, womit Amerika gegen

über Japan freie Hand bekäme. England seinerseits hat vor kurzem seinen Thronfolger auf eine Reise geschickt, die ihn auch nach Japan führen wird — vielleicht mit der Absicht, Amerika einen Wink mit dem Raumpfad zu geben. Frankreich wiederum wünscht in seiner pathologischen Angst vor dem völlig entwaffneten Deutschland, daß ihm Amerika Garantien für seine Sicherheit gebe, und erklärt, zu einer Abrüstungsbeschränkung sonst nicht in der Lage zu sein. Die Vereinigten Staaten haben aber keine Lust, sich von Marianne vor den Standesbeamten und dann vor ihren politischen Wagen spannen zu lassen.

Die hier ganz kurz skizzierten Aufgaben der Konferenz sind so schwierig und verwickelt, daß große Gefahr besteht, daß die Konferenz ins Uferlose gerät. Zudem ist die Abrüstungsfrage nicht nur eine politische Frage, sondern hängt aufs engste mit finanziellen und wirtschaftlichen Problemen zusammen. Solange für Flotten- und Landheer Ausgaben unproduktiv aufgewendet werden, wird die ohnehin schwierige Besetzung der Weltwirtschaft natürlich noch mehr erschwert. Darum wird die Konferenz, ob sie will oder nicht, nicht über den Zwang hinwegkommen, Hilfsmittel für die weltwirtschaftliche Krise, im besonderen gegen die internationale Verschuldung, zu suchen. Die Sieger des Weltkrieges haben daran kein geringeres Interesse als die Besiegten. Gerade in Amerika und England sind die Wirbeln auf Handel und Industrie in furchtbarer Weise zutage getreten. Millionen von Arbeitern sind dort zu Mähdrahten verurteilt trotz des Reichtums an Gold und Rohstoffen; die Schiffe liegen untauglich an den Kaais; die Warenhäuser sind bis zum Verfall vollgestopft. Nicht früher wird die Welt genesen, nicht früher wird sie zur Ruhe und zu Frieden kommen, nicht früher wird die Abschaffung auf der einen, der Ausverkauf auf der anderen Seite aufhören, als bis die internationalen Schulden auf ein für Gläubiger und Schuldner erträgliches Maß zurückgeführt, bis die Reparationsschulden für Deutschland erträglich werden und für die Gläubigerstaaten weniger ruiniös gemacht werden. In englischen Handels- und Industriekreisen ist diese Ansicht längst Allgemeingut, in amerikanischen beginnt sie sich auszudehnen. Und so wird man hoffen dürfen, daß genügend starker Einfluß vorhanden sein wird, um die Konferenz zur gründlichen Prüfung dieser Fragen zu veranlassen. Die Stabilisierung der Valuta ist dazu nur ein erster Schritt: ganze Arbeit kann nur durch eine Revision des Versailleser Vertrags gemacht werden. Wenn Frankreich sich dagegen etwa sträubt, so wird gerade Amerika ihm mit Recht entgegenhalten können, daß ein Staat, der neben einem wehrlosen Nachbar jährlich zwei Milliarden Goldmark für ein Heer ausgibt, kein Recht hat, um Nachlaß seiner Schulden zu betteln. Wenn es der Washingtoner Konferenz gelingt, auch nur dieses Problem einigermaßen zufriedenstellend zu lösen, so würde sie sich um die Menschheit ein größeres Verdienst erwerben als je zuvor eine internationale Konferenz. Die Völker der ganzen Welt nehmen geistig an diesem Kongreß teil. Auch das deutsche Volk hat allen Anlaß, sich für ihn aufs lebhafteste zu interessieren, so erkennt auch die politischen Probleme seinen Interessen liegen. Denn von ihm wird die künftige Gestaltung der Welt politisch abhängen, umso mehr, wenn der von Präsident Harding geförberte Gedanke einer wahren Über den Nationen stehenden Vereinigung der Völker, die den Völkerbund ablöst, Wahrheit werden sollte. Von Washington hängt der schicksalsschwere Entschluß ab, der eine Ära des Wiederaufbaues der Welt einleiten könnte. Ob man dieser großen Aufgabe gewachsen sein oder ob es einer intriganten Politik gelingen wird, die Konferenz von ihrem hohen Menschheitsziel abzulenken, wird die Zukunft lehren.

1 Mark = 1.42 Pfennige.

Die deutsche Mark sinkt in rasendem Tempo weiter. Gestern sind an der Berliner Börse zehntausend über 300 Mark für einen Dollar bezahlt worden. Was das für die Festbesoldeten und für alle anderen, die ihre Einnahmen nicht zu steigern vermögen, bedeutet, ist gar nicht auszubilden. Die Rohstoff- und Nahrungsmittelkäufe, die jetzt im Ausland getätigt werden, müssen in Deutschland zu einer wahnwitzigen Preissteigerung führen. Gelder paßt sich ja die Kaufkraft der Mark draußen sehr bald auch ihrer Kaufkraft im Innern an. Es geht nicht an, daß die verantwortlichen Stellen in Deutschland länger die Hände in den Hosentaschen legen. Die Steuern müssen jetzt beschleunigt erledigt werden, dem ungesunden Spekulantentum muß gefegebenerisch ein Ziel gesetzt werden, und namentlich ist es notwendig, daß sich im Reichs umgebend eine gefestigte Regierung auf breiter Grundlage

findet. Freilich liegt die Hauptschuld an dem verfallenden Stand unserer Markwährung (300 Mark für einen Dollar bedeutet, daß die Mark nicht einmal mehr zwei Pfennige wert ist, sondern genau gerechnet 1.42 Pfennige!) nicht im Lande, sondern bei denen, die den Bahnplan des Londoner Ultimatums auf dem Gewissen haben. Es ist gar nicht mehr möglich, jetzt ausländische Zahlungsmittel zu erwerben und Barzahlungen zu leisten. Mit Recht weist das demokratische Abgeordnete und frühere Reichsminister Dr. Dernburg nach, der außerdem in verdienstvoller Weise im Berliner Tageblatt ein Programm aufstellt, ohne dessen Durchführung alle Weiterarbeit vergebens ist. Er verlangt die Einbindung und Streichung amerikanischer Forderungen an die Entente und Kredite an Deutschland für Rohstoffe. Die Goldzahlungen für die Reparationen müssen zinslos für 10 Jahre gestundet werden, die Sachleistungen können höchstens für eine Milliarde Goldmark in Frage kommen. Das innerdeutsche Finanzproblem muß in Ordnung gebracht, die deutschen Noten im Auslandes fundiert werden, und die wahnwitzigen Besatzungskosten müssen einen sofortigen Abbau erfahren. Die Entente aber hat die Pflicht, die deutsche Leistungsfähigkeit auf Grund des Artikels 234 sofort nachzubrühen. Dieses Programm des demokratischen Abgeordneten, dessen Sachverständnis niemand in Abrede wird stellen wollen, müßte sofort das Programm einer starken Regierung der Mitte werden, und mit gleicher Energie sollte die Finanzordnung im Innern und die Vertretung dieses Programms nach außen angestrebt werden. Wann wird den Parteien, die sich immer noch glauben der Verantwortung entziehen zu können, die Einsicht aufdämmern, daß sofort gehandelt werden muß?

Deutscher Reichstag.

Die Parteien zu den neuen Steuern.

Der erste Tag der großen Steuerdebatte gab bereits einen Vorgeschmack der Schwierigkeiten, die sich der Erledigung der Entwürfe entgegenstellen werden. Die Sitzung begann ziemlich allseitig. Mit der Erörterung der Vorlage wird die Aussprache über die deutsche nationale Interpellation wegen der Valutanot verbunden, die der Abgeordnete Edler von Braun sofort begründete. Er stellte fest, daß die Regierung Wirtschaft eine Besserung unserer Finanzlage in Aussicht gestellt habe, wenn das Ultimatum unterschrieben werde. Besser ist es aber nicht geworden und er frage also, was die Regierung zu tun gedenke. Nach dem Edlen von Braun sprach in der Steuerdiskussion der Sozialdemokrat Braun (Franken). Seine Rede gab nach Inhalt und Fassung berechtigten Anlaß zu der nachherigen Feststellung des Abg. Herold, daß sie im wesentlichen gegen die Regierung gerichtet wurde, in der doch die Partei des Redners vertreten sei. Braun lehnte für seine Freunde sämtliche Vorlagen in der jetzigen Gestalt ab und bemühte sich dann, die Industrie zur Devisenhilfe zu bestimmen, indem er darauf hinwies, daß nichts damit getan sei, wenn wir unsere Zahlungsunfähigkeit erklären, weil damit ja nicht zugleich auch die Wahrscheinlichkeit von Zwangsmaßnahmen ausgeschlossen werde. Für das Zentrum erklärte der Abg. Herold, daß seine Partei sich ihre Stellungnahme für die Ausschussberatung vorbehalte, worauf der demokratische Abg. Dietrich als erster eine eingehende und aberzeugende Darlegung unserer Finanzlage, ihrer außen- und innenpolitischen Voraussetzungen und Ursachen gab. Er ging davon aus, daß die Reparationslasten bereits 225 Milliarden betragen und bewies, daß die Aufrechterhaltung einer derartigen überspannten Forderung, die ja noch wachsen muß, je höher der Dollar steigt, den Ruin des Reiches bedeutet. Mit Recht hob der demokratische Abgeordnete die innere Hohlheit des Schlagwortes von der Erfassung der Goldwerte hervor und führte aus, daß sie schon von Vermögens- und Einkommensteuer erfaßt werden. Schließlich legte der demokratische Redner Verwahrung gegen die französische Drohung der Beschlagnahme des deutschen Privatvermögens und Bestes als Pfand für die Reparation ein. Reichswirtschaftsminister Schmidt richtete einen dringlichen Appell an die Industrie, kündigte ein Gesetz zur weitgehenden Erfassung der Börsenspekulation an und deutete an, daß man erneut an die Auslandsregierungen herantreten wolle, um von ihnen zu erfahren, welche Kapitalien über die Grenze verschoben seien. Dann wurde die Stimmung im Hause etwas lebhafter, weil der Abg. Heffler sich sofort ziemlich scharf gegen den Reichsfinanzminister einsetzte und gegen Braun andererseits wandte. Im wesentlichen waren aber die Ausführungen des deutschen nationalen Finanzabwärtigen auf das Motiv abgestellt, daß er alles vorausgesetzt habe. Trotzdem sei seine Partei zur sachlichen Mitarbeit im